

Unter anderem in dieser Ausgabe:

AUSWERTUNG 1: LANDESSENIORINNEKONFERENZ s. 3

AUSWERTUNG 2: LANDESPARTEITAG IN NEUKIERITZSCH s. 4

BILDUNGSFAHRT: DIE AGJG HAT BUCHENWALD BESUCHT s. 7

LESUNG: 50 JAHRE NACH DEN AUSCHWITZ-PROZESSEN s. 8

Veranstaltungstipp

Stadtparteitag

Am 21. November findet die 4. Tagung des 4. Stadtparteitags statt. Wie immer offen auch für alle Interessierten. Siehe **Seite 3**

21.11. ab 9:30 Uhr

Haus der Stadtmission, Demmeringstr. 18

Mitteilungsblatt

Ausgabe 10/2015 Zeitung der Partei DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Ca. 250.000 Menschen demonstrieren am 10. Oktober in Berlin gegen TTIP & Co. Aus Leipzig sind allein 6 Busse zur Demo gefahren. Wie es jetzt weitergeht im Kampf gegen TTIP steht auf **Seite 5**.

Bild: Jakob Huber/Campact | CC BY-NC 2.0

Wohnen – auch in Leipzig eine der drängendsten sozialen Fragen

Juliane Nagel Über aktuelle wohnpolitische Fragen in unserer rasant wachsenden Stadt

Das hatten auch die kühnsten Prognosen nicht vorhergesagt: Die Stadt Leipzig wächst unaufhörlich. Die optimistischste Bevölkerungsvorausschätzung geht davon aus, dass im Jahr 2023 die 600.000-EinwohnerInnen-Marke geknackt wird. Nach der politischen Wende hatte es – wie in ganz Ostdeutschland – einen rapiden Bevölkerungsrückgang gegeben, der 1998 mit 437.101 BewohnerInnen seinen Tiefstand erreichte. Zum 30. Juni 2015 lebten über 556.000 Einwohner in Leipzig. Im vergangenen Jahr zogen rund 35.000 Menschen nach Leipzig – abzüglich der Wegzüge blieb ein Plus von 13.000. Die Geburten erreichten mit 6.241 einen Höchststand seit 1990. Zum ersten Mal seit 1996 wurde damit die Zahl der Sterbefälle nicht nur kompensiert, sondern ein Geburtenüberschuss erzielt. Der Blick in die Zukunft lässt auf ein weiteres Anwachsen der Bevölkerungszahl schließen, wozu auch der Zuzug von Migrantinnen und Migranten beiträgt.

Das Wachstum hat handfeste Konsequenzen. Über Jahre hinweg war die Stadtpolitik auf Schrumpfung oder Stagnation orientiert. In den 1990er Jahren wurden massiv Kindertagesstätten und Schulen geschlossen, Straßenbahnlini-

en ausgedünnt und Häuser abgerissen. Vor mehr als zehn Jahren galt Leipzig noch als die Hauptstadt des Wohnungsleerstandes. 60.000 Wohnungen standen bis zur Jahrtausendwende leer. Innerhalb von zehn Jahren hat sich dieser Leerstand jedoch mehr als halbiert und wird für das Jahr 2014 auf 21.400 Wohnungen geschätzt, wovon zirka die Hälfte als „marktaktiv“ – sprich zu Wohnzwecken nutzbar zu machen – gilt.

In 20 Ortsteilen beträgt der geschätzte Wohnungsleerstand weniger als 3%, was einer empfohlenen Fluktuationsreserve entspricht. Bei anhaltend hohem Bevölkerungswachstum kann es in nicht all zu langer Zeit zum Wohnungsmangel kommen. Gleichzeitig steigen die Mietpreise stetig an. Dies hat auf eine MieterInnenstadt wie Leipzig, wo etwa 87 % der Menschen in Mietwohnungen leben, handfeste Auswirkungen.

Teure Sanierungen und Neubauten sind für einen nicht geringen Anteil der in Leipzig lebenden Menschen nicht erschwinglich. Es gibt erste Fälle von Verdrängung von MieterInnen aus ihren Wohnungen. 25 % der

LeipzigerInnen erhielten in den vergangenen vier Jahren eine Mieterhöhung, nicht selten mit Modernisierungsmaßnahmen begründet.

Gleichzeitig haben auf politischer Ebene die Diskussionen begonnen, rechtzeitig zu reagieren, bevor das Niveau der Mieten noch weiter in den Himmel schießt. Nicht mehr als ein Drittel des Einkommens sollte ein Haushalt für die Miete ausgeben. Dieses Verhältnis

könnte sich in Leipzig weiter verschieben. Aufgrund ihrer Einkommenssituation sind viele Leipzigerinnen und Leipziger sehr sensibel auch für kleine Mietsteigerungen. Der Verkauf von etwa 50 % der Bestände des kommunalen Wohnungsunternehmens LWB hat sich als politischer Fehler erwiesen, ist aber nicht mehr rückholbar. Mit der von der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat angeregten Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzeptes

der Stadt Leipzig, das noch im Herbst diesen Jahres durch den Stadtrat beschlossen werden soll, werden aktuell verschiedene Instrumente diskutiert, um Wohnen in der Stadt für alle bezahlbar zu halten. Wie kann kostengünstiger gebaut werden, wie kann die Durchmischung der Stadtbezirke und Ortsteile gewährleistet werden, wie können LWB

35 Tausend Menschen sind 2014 nach Leipzig gezogen

119 Tausend mehr Menschen leben in Leipzig als noch 1998

87% der LeipzigerInnen leben in Mietwohnungen

weniger als **3%** Leerstandsquote gibt es bereits in 20 Ortsteilen

Fortsetzung von Seite 1

und andere VermieterInnen ihre Aufgabe der Versorgung einkommensschwacher, älterer oder körperlich benachteiligter Bevölkerungsgruppen verlässlich erfüllen – diese und zahlreiche andere Fragen werden in dem Konzept angepackt.

Die Stärke des vorliegenden Konzepts ist der einjährige, partizipative Prozess, in dem es entstanden ist. Seine Schwäche ist die Zögerlichkeit, mit der regulative Maßnahmen, vor allem im Sinne bezahlbaren Wohnraums, angegangen werden. Während das zivilgesellschaftliche Netzwerk „Stadt für alle“ davon ausgeht, dass auch in Leipzig zeitnah ein „angespannter Wohnungsmarkt“ gegeben sein wird, wird dies im Konzeptentwurf verneint. Ebenso verneint das Konzept die Notwendigkeit einer „flächenhaften Förderung sozialen Wohnungsneubaus“. Um die sozialräumliche Spaltung der Stadt in arme und reiche Viertel zu verhindern, muss jedoch stadtweit dafür gesorgt werden, bezahlbaren Wohnraum durch staatliche Förderung zu garantieren. Dies drängt auch bei neuen Stadtvierteln, wie sie um den Bayerischen Bahnhof oder am Lindenauer Hafen entstehen sollen. Der

Freistaat lehnt es bis dato ab, Förderprogramme für soziale Wohnraumförderung aufzulegen. Im Freistaat ist vor diesem Hintergrund die Zahl der Sozialwohnungen im Vergleich 2012/13 um 83,5 % auf 7000 gesunken. Das Instrument des Sozialwohnungsbaus ist jedoch nur eines, um Mieten niedrig und bezahlbar für alle zu halten. So müssen Baukosten gesenkt, nicht-profitorientierte Wohnformen unterstützt, die Veräußerung städtischer Grundstücke und Liegenschaften konsequent gestoppt und Möglichkeiten des Baurechts – zum Beispiel so genannte Erhaltungssatzungen, mit denen Quartiere vor ungewollten oder nachteiligen Veränderungen geschützt werden können – ausgeschöpft werden.

Ein konsequenter Paradigmenwechsel in der Leipziger Wohnungspolitik ist überfällig und muss sofort auf den Weg gebracht werden. Davon würden nicht nur die angestammte Bevölkerung, sondern auch zuziehende MigrantInnen profitieren. Insbesondere Geflüchtete gehören zu den sozial deklassierten Bevöl-

kerungsgruppen. Ein Ziel muss es sein, das Wohnen für Geflüchtete jenseits der Massenunterkünfte in die Forderung nach bezahlbarem Wohnen für alle zu integrieren.

um 83%
sank die Zahl der Sozialwohnungen seit 2012/13

Bei allen kleinteiligen Maßnahmen, die wir auf kommunaler Ebene durchsetzen können, müssen wir uns bewusst machen, dass es beim Thema Wohnen um den Widerstreit kapitalistischer und sozialer Interessen geht: Immobilien bleiben die lukrativsten Anlagemöglichkeiten und Spekulationsobjekte, MieterInnen stehen renditeorientierten EigentümerInnen zunehmend schutzlos gegenüber.

DIE LINKE kämpft seit Anfang der 1990er Jahre darum, Wohnen zum verfassten Grundrecht zu machen. Es muss darüber hinaus grundsätzlich darum gehen, den Warencharakter von Wohnraum infrage zu stellen. „Wer es mit der sozialen Stadt ernst meint, sollte Wohnen – wie Bildung, Gesundheit oder den öffentlichen Nahverkehr – als soziale Infrastruktur und als öffentliche Aufgabe ansehen.“ so der Stadtsoziologe Andrej Holm. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Dem ist nichts hinzuzufügen.



Bild: Lars Jölg

Spektakuläre Transparentaktion

Volker Külöw Über eine Aktion am 3. Oktober in Berlin

Während das offizielle Berlin am 3. Oktober den 25. Jahrestag der „Wiedervereinigung“ feierte, setzte eine kleine Aktionsgruppe in der Hauptstadt einen bemerkenswerten Kontrapunkt: mit einem gut hundert Meter langen Transparent, aufgespannt an einem Lattengerüst mitten auf dem Potsdamer Platz unweit des Brandenburger Tors. Veranstalter der Aktion „Diese Grenze wurde aufgehoben, damit wir gemeinsam wieder in den Krieg ziehen!“ war der in Berlin ansässige Verein „Unentdecktes Land e.V.“, der überregional noch nicht sonderlich bekannt ist. Er versteht sich als antifaschistisch-demokratische Gruppierung, die sich bestimmte Lehren aus der deutschen Geschichte zur Maßgabe macht. Die Deutsche Demokratische Republik sehen die Vereinsmitglieder als eine dieser Konsequenzen an; sich mit ihrer Geschichte wissenschaftlich und publizistisch auseinanderzusetzen, mit den Ursachen und Folgen ihrer Gründung

und ihres Endes, stellt für sie einen wichtigen Beitrag ihrer antifaschistischen Betätigung dar. Es gibt nur wenige linke Strukturen in unserem Land, die mit derartiger politischer Klarheit und Zivilcourage den untrennbaren Zusammenhang zwischen dem Untergang der DDR und der erneuten imperialistischen Großmachtspolitik der BRD thematisieren. Nach zwei verlorenen Weltkriegen führt die BRD wieder in mehreren Ländern Krieg und versucht unverhohlen ihre Hegemonie in Europa auch für geostrategischen Ziele zu nutzen. Vor diesem Hintergrund gilt dem Verein die revolutionäre Losung Karl Liebknechts „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ unverändert als inhaltliche Richtschnur seiner Aktivitäten. Am 3. Oktober 2015 konnte erstaunlich vielen Menschen aus Ost und West diese Botschaft näher gebracht werden, wie der Autor aus eigenem Erleben bezeugen kann.

DIE LINKE vor Ort

Redaktion Sprechstundentermine

- 26.10. 14:00 bis 18:00 Uhr, Bürgerversammlung-Gohlis, Lindenthaler Str. 34, Bürgersprechstunde mit Cornelia Falken & Skadi Jennicke
- 2.11. 16:00 bis 18:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Bürgersprechstunde mit Sören Pellmann
- 16.11. 16:00 bis 18:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Bürgersprechstunde mit Cornelia Falken
- jeden Di. 16:00 bis 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus, Braustr. 15, Sozialberatung mit Dietmar Pellmann und Alexej Danckwardt
- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Str. 3d, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden letzten Mi. 16:00 Uhr, WK-Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Sprechstunde mit MdL Franz Sodann
- jeden 4. Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, Jugend- und Altenhilfeverein e.V., Goldsternstr. 9, Bürgersprechstunde mit Carola Lange
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Sozialberatung mit Dietmar Pellmann
- jeden 1. & 3. Do. 14:00 bis 18:00 Uhr, WK-Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Sozialberatung mit Steffen Klötzer
- jeden 2. & 4. Do. 12:00 bis 15:00 Uhr & 16:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstr. 34, Sozialberatung mit INTERIM-Kollektiv
- jeden Sa. 11:00 bis 13:00 Uhr, Kanzlei im Liebknecht-Haus, Bürgersprechstunde mit Alexej Danckwardt

LandesseniorInnenkonferenz

Birgitt Mai „Nicht das Alter ist das Problem, sondern unsere Einstellung dazu.“ (Cicero)

Am 14.09.2015 fand im Sächsischen Landtag die Landeskongress der Seniorinnen und Senioren zum Thema: „Altersbilder, so differenziert wie das Leben“ statt. Dazu eingeladen hatten MdL Rico Gebhardt und MdL Horst Wehner. An der Konferenz nahmen Vertreter der Gewerkschaften, Sozialverbände, Seniorenbeauftragte der Kreise, Vertreter der LAG Senioren von DIE LINKE. Sachsen, die Landtagsabgeordnete Horst Wehner, Susanne Schaper, Marion Junge, der Bundestagsabgeordnete Jörn Wunderlich und viele Genossinnen und Genossen aus den Kreisen (aus Leipzig 8 Genossinnen und Genossen). Im Mittelpunkt standen die Altersbilder in der Gesellschaft sowie die weiteren gesellschaftspolitischen Schritte für ein würdevolles Leben im Alter und das Zusammenleben der Generationen. Nach der Begrüßung durch Genossen Wehner sprach Rico Gebhardt, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag. Er zeigte Problemlagen auf, aber auch Schlussfolgerungen für DIE LINKE. Eine besondere Bedeutung haben Generationsprojekte. Die Altersbilder in der Gesellschaft sind sehr weit gefächert. Die einen sagen: Alter = krank, andere: Alter = vergnügungssüchtig. Es ist heute so, dass sich 80-jährige 10-15 Jahre jünger fühlen. Wir müssen Altersbilder neu denken und verbreiten. Eine tickende Zeitbombe ist die Altersarmut. Dafür müssen wir eine Sensibilisierung erreichen.

3 Impulsreferate bildeten die Grundlage für die anschließende Diskussion.

Genossin Bähr, Referentin in der Bundestagsfraktion DIE LINKE sprach zum Thema: „Die Altersbilder im 6. Altenbericht der Bundesregierung und ihre Fortwirkung in Politik und Gesellschaft“. Im Grunde zeigte sich, dass Altersbilder nur nötig sind, um die starken Ressourcen und damit die ökonomische Verwertbarkeit der Alten herauszuheben. Wir wollen uns einbringen, jedoch selbstentscheidend und nicht als Ressource veranschlagt. Letztendlich werden mit dem 6. Altenhilfebericht keine Probleme gelöst.

Frau Pohl (paritätischer Wohlfahrtsverband Sachsen, Regionalgeschäftsstelle Leipzig) sprach zum Thema: „Was erwarten wir vom Alter?“ Dies ist eine wichtige Frage. Das Alter gibt es nicht. Wir müssen die Lebenszeit als Chance nutzen, aber diese Chancen sind sehr unterschiedlich (70 % gestaltet der Mensch selbst, 30 % werden bestimmt von Finanzen etc.). Lebensqualität steigt mit zunehmender sozialer Einbindung. Genosse Dr. Pellmann ging in seinem Referat auf gesellschaftspolitische Deutungen vom Alter und von Alternenden ein. Ein Punkt war die Altersarmut. Sie ist noch keine Massenerscheinung, aber bereits existent. Hier unterscheidet er

sich von der Meinung der Staatsregierung. Es gibt erhebliche Defizite in der Forschung, keine tragbaren Konzepte gegen Altersarmut. Er zeigte die breite Differenziertheit zwischen den Älteren, aber ebenso zwischen Männern und Frauen auf der Basis der Einkommenszwänge. Hier entscheidet sich fast alles. Er nannte auch entsprechende Zahlen:

- 25.000 Menschen erhalten Rente mit Auffüllbeträgen;
- Benachteiligung geschiedener Frauen im Osten;
- Zahl der Sozialbestattungen nimmt zu;
- 40.000 der über 65-jährigen gehen einem Minijob nach (Verdopplung gegenüber 2003 – müssen arbeiten gehen);
- Wohngeldempfänger – 63.000 Haushalte, 30.000 davon Rentnerhaushalte.

Gleichzeitig nannte er auch Forderungen, die unbedingt notwendig sind:

- Mindestlohn muss auf 10 € angehoben werden
- Rentenniveau muss erhöht werden
- Rente mit 67 muss abgeschafft werden
- Plünderung der Rentenkasse muss verhindert werden

Fazit: Altersarmut nimmt zu, wenn kein Politikwechsel erfolgt.

In der Podiumsdiskussion mit Susanne Schaper (MdL), Alexandra Wolf (LAG SeniorInnen) und Nick Kloß trafen drei Generationen aufeinander. Nur gemeinsam sind die Lebenslagen aller Generationen zu bewältigen.

Die daran anschließende Diskussion zeigte, dass wir selbst entscheiden wollen, wie wir leben wollen und nicht „wie wir sollen.“ Wir wollen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben so gesichert sehen, wie es allen Generationen ermöglicht wird. Wir wollen selbstbestimmt leben und nicht finanziellen und anderen Zwängen (z. B. Gesundheit) genügen. Um uns Gehör zu verschaffen, unsere Forderungen der Gesellschaft zu präsentieren und entscheiden zu können, brauchen wir mindestens ein Seniorenmitwirkungsgesetz, sonst bleibt alles eine Phrase.

Ausgehend vom Thema der Konferenz brauchen wir ein humanistisches solidarisches Altenbild, das alle Facetten erfasst (Heidemarie Lüth).

Gerhard Schöne hat in einem seiner Lieder die Generationsbeziehungen und Rückblicke der Älteren beschrieben: „Oma willst du schaukeln, dann gebe ich dir Schwung. Ja, komm und gib mir Schwung, mein Herz, dann bin ich wieder jung!“

Stadtparteitag

4. Tagung des 4. Stadtparteitags
Samstag 21. November 2015

4. Tagung des 4. Stadtparteitags

Redaktion Auf Beschluss des Stadtvorstandes vom 08.09.2015 wird die 4. Tagung des 4. Stadtparteitages für Samstag, den 21.11.2015, 9:30 bis 16:00 Uhr, einberufen. Die Konferenz findet im Haus der Stadtmission, Demmeringstr. 18, 04177 Leipzig statt.

Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

- 1. Eröffnung und Begrüßung
- 2. Konstituierung
- 3. Referat des Vorsitzenden
- 4. Diskussion
- 5. Bericht Mandatsprüfungskommission
- 6. Diskussion und Verabschiedung der Änderungsvorschläge für die Satzung des Stadtverbandes Leipzig mit Anlagen
- 7. Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag 2016/17
- 8. Plan Einnahmen und Ausgaben 2015
- 9. Anträge
- 10. Schlusswort

Antragsschluss: 22.10.2015, 12:00 Uhr.

Einladung zur (Neu-) Eröffnung des INTERIM

Marco Böhme Das INTERIM behält seinen Namen, aber zieht eine Ecke weiter

Wir möchten euch recht herzlich zur Wieder- und Neueröffnung unseres offenen Abgeordneten- und Projektbüros im Leipziger Westen einladen. Über den Sommer gab es mit dem INTERIM eine, der Name legt es nahe, Zwischenlösung für ein Büro, in dem bereits zahlreiche und gut besuchte Veranstaltungen stattgefunden haben. Nun steht fest: Der schon verankerte Name bleibt, aber das linke Büro rückt zwei Häuser nach rechts. Am Samstag, dem 07.11., öffnet das neue INTERIM in der Demmeringstr. 32 seine Tore. Es wird das gemeinsame Abgeordnetenbüro der MdB Susanna Karawanskij und Axel Troost, der MdEP Cornelia Ernst und von mir, Marco Böhme (MdL).

- 16 Uhr: Beginn mit Kaffee und Kuchen
- 17 Uhr: Eröffnungsworte Marco Böhme & Susanna Karawanskij; Grußwort Heike Werner (Sozialministerin Thüringen); Musik „Kleinlosens Spritztour“ (Impro-Jazz aus Leipzig)
- 19 Uhr: Stadtteilquiz
- 20 Uhr: Wonach wir suchen (Akustik-Punk aus Leipzig)
- 22 Uhr Disco

Glas zerstört, Partei intakt

Tilman Loos Bericht vom 12. Landesparteitag von DIE LINKE. Sachsen

Am 12. und 13. September tagte im nahegelegenen Neukieritzsch der 12. Landesparteitag des sächsischen Landesverbandes von DIE LINKE. Neben der Debatte um die Ausrichtung und Planungen des Landesverbandes in der Zukunft, einer umfangreichen Satzungs- und Strukturdebatte standen auch Wahlen für die Organe des Landesverbandes auf dem Programm.

Zur programmatischen Debatte lagen neben dem Leitantrag A1 des Landesvorstands zwei weitere umfangreiche Anträge vor: C1 als Antrag des SprecherInnenkreises des Liebknechtkreises und C2 von Antje Feiks und Rico Gebhardt. Zur A1 und C1 lagen insgesamt ca. 200 Änderungsanträge vor. Von diesen wurden jedoch insgesamt 160 von den jeweiligen Ursprungsantragssteller*innen übernommen. Durch die Übernahmen von Änderungen rückte beispielsweise der Antrag des Liebknechtkreises deutlich mehr in Richtung des Erfurter Programms. So wurde die Berufung auf die „Chancengleichheit“, ein bei Sozialdemokraten und Liberalen beliebtes Konzept, da es nicht auf das gesellschaftliche Ergebnis, sondern nur auf die „Startvoraussetzungen“ fokussiert, im Antrag gestrichen. Eine Ähnliche Streichung gab es auch beim Leitantrag selbst.

Insgesamt wurde über die 3 „großen“ Anträge jedoch wenig diskutiert. Das lag zum einen an der Dominanz des Themas Asyl & Flucht, welches circa drei Viertel der Generaldebatte eingenommen hat. Zum anderen werden Anträge zumeist anhand der Änderungsanträge diskutiert, die an sie gestellt werden. Durch die vielen Übernahmen der verschiedenen Antragssteller*innen war aber auch hier kaum eine Debatte möglich.

Mit den beschlossenen Anträgen hat der Landesvorstand viele Aufgaben und auch schon einige Projekte vor sich. So soll gemeinsam mit den Kreisverbänden ein Konzept für Verankerung im ländlichen Raum erarbeitet werden, das Thema Prekarität soll in den „nächsten zwei Jahren in den Mittelpunkt unserer politischen Auseinandersetzung“ rücken und die Landtagsfraktion soll ein neues „Alternatives Landesentwicklungskonzept“ (ALEKSA

2.0) erarbeiten. Darüber hinaus wurden zwei Dringlichkeitsanträge beschlossen, einer als Solidaritätserklärung an die kurdischen Kämpfer*innen gegen den IS und ein weiterer zum Thema Asyl.

Der Landesparteitag hat sich außerdem den Anträgen der Satzungscommission angenommen. Viele kleine und unstrittige Änderungen und Verbesserungen wurden angenommen. Der Antrag zur Einfügung einer Erneuerungsquote in die Satzung wurde vom Parteitag jedoch abgelehnt. Während die einen einer solchen Regelung grundsätzlich skeptisch gegenüberstanden, ging anderen die vorgeschlagene Regelung nicht weit genug. Nach intensiver Debatte beschloss die knappe Mehrheit der Delegierten zudem, die Abstimmung über das Modell „Landesausschuss“, das den Landesrat in bisheriger Form als auch die zahlreichen verschiedenen „gemeinsamen Beratungen“ ersetzen sollte, zu vertagen. Die Frage wird daher den nächsten Parteitag erneut beschäftigen.

Großen Schrecken und Entsetzen gab es zunächst bei den Mitarbeiter*innen der Landesgeschäftsstelle, als diese früh am Morgen des zweiten Tagungstages am Tagungsort, der Parkarena Neukieritzsch, ankamen. Dort waren fast alle Außenscheiben des modernen Stahl- und Glasbaus, der sonst auch als Turnhalle genutzt wird, zerstört (Bild links). Wegen der Bruchgefahr des Sicherheitsglases und der polizeilichen Spurensicherungsarbeiten konnte der Parteitag in diesem Objekt nicht fortgesetzt werden. Zum Glück stellte uns die Gemeinde ein kleines Ersatzobjekt zur Verfügung, so dass der Parteitag auf recht engem Raum (Bild rechts) am Sonntag im Gemeindeamt fortgesetzt und zumindest die Wahlen beendet werden konnten. Bemerkenswert war außerdem die ausgelassene Stimmung und die sehr heitere Tagungsleitung durch Kerstin Köditz. Man hat deutlich gespürt, dass sich die Genoss*innen von dem Angriff auf das Tagungsobjekt nicht haben einschüchtern lassen. Alle weiteren Anträge an den Parteitag sind von den Delegierten jedoch nahezu einstimmig an den Landesvorstand überwiesen worden.

Fünf Leipziger*innen im Landesvorstand

Im neu gewählten, 22-köpfigen Landesvorstand von DIE LINKE. Sachsen sind insgesamt 5 Mitglieder unseres Stadtverbandes vertreten - und damit genauso viel, wie in der vorherigen Legislatur. Nicht erneut kandidiert haben Cornelia Falken (zuvor stellvertretende Landesvorsitzende) sowie Fabian Blunck und Heiko Rosenthal. Für ihre Arbeit möchten wir uns bedanken.

Erneut gewählt wurde Stefan Hartmann als stellvertretender Landesvorsitzender, der sich mit 50,6 % gegen seinen Mitbewerber Jörn Wunderlich durchsetzen konnte. Auch der vom Jugendverband vorgeschlagene neue Jugendpolitische Sprecher kommt wieder aus Leipzig: Steffen Juhran wurde mit 71,3 % gewählt. Tilman Loos, zuvor Jugendpolitischer Sprecher, wurde mit 50,3 % als einfaches Mitglied des neuen Vorstands gewählt, ebenso wie Marianne Küng-Vildebrandt (50,3 %) und Sören Pellmann (53,9 %). Mit Franziska Riekewald und Holger Weidauer kandidierten zwei weitere Mitglieder unseres Stadtverbandes, wurden jedoch nicht gewählt. In der neu gewählten 8-köpfigen sächsischen Delegation im Bundesausschuss befinden sich mit Franziska Riekewald (57,5 %) und Fabian Blunck (55,6%) ebenfalls zwei Leipziger*innen. Landesschiedscommission und Landesfinanzrevisionscommission hingegen haben keine bei uns organisierten Genoss*innen als Mitglieder.

Auch der neue Landesvorstand hat bereits das erste mal zu einer Klausurtagung zusammengefunden. Neben der organisatorischen Vorbereitung der Vorstandsarbeit beschäftigte sich der Vorstand auch mit der höchst prekären Finanzlage, nach der ein Defizit von über 90.000 € abgebaut werden muss. Auf die Einrichtung etlicher Sprecher*innenbereiche für die „normalen“ Vorstandsmitglieder hat der neue Vorstand, wie auch die Vorstände in den Jahren zuvor, verzichtet.

① Wahlergebnisse und mehr auf: www.dielinke-sachsen.de



Bilder: DIE LINKE Sachsen



Bilder: I.U. v.l.o.: Gregor Henker | Caruso Pinguin - CC BY-NC 2.0 | Timian Loos



3 Bilder aus September & Oktober

Bild links oben: „Parking-Day“ am 18. September vor dem Büro in der Demmeringstraße. Bei diesem Tag werden Autostellflächen zu Außen-Wohnzimmern umfunktioniert, um auf den enormen Platzverbrauch von Autos hinzuweisen.

Bild rechts oben: Schild beim Protest gegen die Nazi-Demo der „Offensive für Deutschland“ am 6. September, an dem auch zahlreiche Mitglieder von DIE LINKE und der Linksjugend Leipzig teilgenommen haben.

Bild rechts unten: Der Stadtjugendtag (Vollversammlung) der Linksjugend Leipzig vom 9. bis 11. Oktober startete unter dem nicht ganz ernst gemeinten Titel „8 Jahre Linksjugend Leipzig - Opa erzählt vom Krieg“ mit einer Rückschau auf bewegte 8 Jahre Jugendverband in Leipzig.



Proteste gegen TTIP, CETA und Co.

Kay Kamieth Weiter kämpfen, für einen sozialökologischen Welthandel

Seit Sommer 2013 laufen Verhandlungen zur Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Sein Pendant, das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) mit Kanada, ist bereits ausgehandelt und tritt ab 2017 in Kraft. Hauptziele der Abkommen sind die umfassende Liberalisierung des Handels zwischen Nordamerika und der EU sowie die Bildung der global größten Freihandelszone mit rund 800 Millionen Menschen.

LINKE Kritik daran ist u. a., dass steigender Privatisierungsdruck auf die öffentliche Daseinsvorsorge zu stärkerer Ausrichtung dieser auf die Gewinnmaximierung führt. Privatisierte gesellschaftliche Bereiche bzw. öffentliche Unternehmen dürfen zudem mit TTIP nicht wieder vergesellschaftet werden und wegfallende Handelshemmnisse erhöhen den Wettbewerbsdruck auf die Unternehmen und führen damit zu einem stärkeren Druck auf die Beschäftigten. Im Bereich des Umweltschutzes droht die Zulassung von Fracking und Genfood sowie von in der EU verbotenen Chemikalien und Pestiziden. Investitionsschutzgerichte sollen ferner künftig Unternehmen die Möglichkeit geben, Länder und Kommunen zu verklagen. Es gibt

bei TTIP außerdem ein sogenanntes „Living Agreement“. Dabei wird ein „Regulatorischer Kooperationsrat“ etabliert, welcher prüft, ob neue Gesetze den freien Handel hemmen und somit als nicht vertragskonform zurückgenommen werden müssten.

Am 10. Oktober haben wir deshalb in Berlin mit ca. 250.000 Menschen gegen die Freihandelsabkommen demonstriert. Im Vorfeld dazu fanden in Leipzig allein von der LINKEN sechs Infoveranstaltungen statt. Auf diesen wurde über die Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche (VerbraucherInnen-schutz, ArbeitnehmerInnenrechte, Kultur und Demokratie) diskutiert. Insgesamt besuchten über 100 Menschen die Veranstaltungen. Zusätzlich wurden von der LINKEN knapp 3.000 Anti-TTIP-Flyer verteilt. Zur Demo nach Berlin fuhren allein von BUND, DGB und LINKEN sechs Busse aus Leipzig.

Mittlerweile haben sich mehr als 3,5 Millionen Menschen der Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA angeschlossen. Gemeinsam müssen wir auch künftig weiter Druck machen, um den Angriff auf die Demokratie zu verhindern.

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Arbeiterliederchor:** Ein neuer Arbeiterliederchor Leipzig (AL.LE) trifft sich ab jetzt (zunächst) Donnerstags um 18:30 Uhr auf dem Dachboden des Liebknecht-Hauses. Können wird nicht verlangt, nur Spaß daran, alte Kampflieder zu trällern, um diese als Kulturgut zu erhalten. Ansprechpartner ist Alexander Krumbholz.
- **Rückmeldungen aus Wahlkämpfen:** Mit Beschluss des letzten Stadtparteitages gibt es eine Arbeitsgruppe zur Auswertung der letzten Wahlkämpfe. Alle GenossInnen und UnterstützerInnen sind gebeten, dazu Rückmeldungen („Das war gut/schlecht“, „Ich habe eine Idee“, ...) beizutragen. Diese bitte via Mail senden an: kay.kamieth@die-linke-in-leipzig.de
- **Doppelausgabe:** Das Mitteilungsblatt Dezember/Januar wird als Doppelausgabe für beide Monate erscheinen, da bekanntermaßen „zwischen den Jahren“ nicht so viel los ist. Redaktionsschluss für diese Ausgabe ist dann der 30. November 2015 - und damit nicht wie sonst der erste Montag im Monat!

Drei Stimmen für die Cannabis-Freigabe

Entlastung des Haushaltes

Moritz Thielicke

Wie sich die Legalisierung auf den Staatshaushalt auswirken wird, lässt sich nur spärlich vorhersagen. Die in der Regel nicht wissenschaftlichen Prognosen, versuchen anhand der Größenrelation zwischen Deutschland und Ländern, in denen bereits eine Legalisierung stattgefunden hat, Rückschlüsse auf mögliche Steuereinnahmen zu ziehen. Dabei differieren die Schätzungen stark. Es ist die Rede von 500 Millionen bis hin zu 3,5 Milliarden Euro. Hinzu kommen die Mittel, die bei der Polizei und Justiz frei werden würden. Konkret beziffert werden lassen sich diese jedoch nicht. Der Deutsche Hanfverband schätzt diese auf ca. 3 Milliarden Euro. Die frei werdenden Mittel könnten für andere Schwerpunktbereiche verwendet werden und zur Suchtbekämpfung. Insgesamt könnte der Bundeshaushalt, nach diesem sehr pauschalen Verfahren, im Bestfall mit gut 6,5 Milliarden Euro mehr Mitteln rechnen. Es bleibt jedoch auch zu erwähnen, dass in Colorado der Preis um 40 % im Schnitt gesunken ist. Großproduzenten vertreiben auch hier die Kleinen. Dies trifft für den Haupthandel der Ware, wie auch Zubehör zu. Wer denkt, dass sich ein legalisierter Drogenanbau den marktwirtschaftlichen Mechanismen entzieht, hat anscheinend zu viel „Grünes“ geraucht. Es wird sich ein knallhartes Business um die Marktvorherrschaft etablieren, Angebot und Nachfrage werden den Preis bestimmen.

Erwähnt werden soll noch ein Punkt, der in den meisten Drogendebatten vollständig unter den Tisch fällt. Während sich der Trend zu Bio- und Fairtrade Produkten wandelt, scheint dies bei Drogen eine untergeordnete bis gar keine Rolle zu spielen. In der Produktionskette im Drogenhandel sind Zwangsprostitution, Kinderarbeit, Versklavung, Folter und Tod ein ständiger Begleiter. Durch eine Legalisierung und durch effektive staatliche Kontrolle auf jeder dieser Produktionsstufen würde man dieser Schattenwirtschaft die Existenz erschweren und den Betroffenen den Weg in die Legalität mit entsprechenden Rechten ermöglichen. Eine effektive staatliche Kontrolle ist besser, als Drogenkartellen das Feld zu überlassen.

Denn eines hat sich gezeigt. Die Prohibition von Marihuana ist gescheitert. Es ist an der Zeit eine Lösung zu schaffen, mit der umfangreich Abhilfe und eine Verbesserung auf möglichst vielen Ebenen geschafft werden könnte.

Legalisierung ist effektiver Jugendschutz

Mario Wenzel

Ich war zu einer Zeit in der Schule, als 16 ein magisches Alter war. Ab dann gab es Bier, Wein und Zigaretten. Wenn man noch nicht 16 war, lernte man schnell, welcher Kiosk in Schulnähe es beim Zigarettenverkauf mit der Ausweiskontrolle nicht so genau nahm. Beim Alkohol war das schwieriger, denn man kann nur geringe Mengen unauffällig mitführen und in den Supermärkten wird meist das Alter kontrolliert.

Zu den vierzehnten Geburtstagen haben einige Eltern drei oder vier Flaschen Perlwein gekauft und die Wohnung für ein paar Stunden verlassen. Der Alkohol war für uns nicht genug, obwohl man, in Anbetracht der Art und Weise der Benutzung der Kloschlüssel, das Gegenteil hätte annehmen müssen. Man wird ja nur einmal 14.

Wenn man etwas ältere Freunde hatte, lernt man den Schuldealer - die meisten Schulen haben einen - schnell kennen. Der kontrolliert auch nicht den Personalausweis. Und so kommt man, auch mit 14, zu einem Rausch. Auch gerne zwei, drei oder vier die Woche. Besonders wenn die Schule schon halb drei - oder eher, wenn Sport ausfällt - vorbei ist, ist das kein Problem.

Bei mir litt die Leistung sehr unter dem ständigen Konsum. Ich habe mich gefangen, wie andere Freunde aus einem ähnlichen Umfeld, die jetzt bei der Bundeswehr, Polizei oder Erzieher sind. Zwei Freunde aus sozial schwächeren Umständen haben diese „Ablenkung“ nicht gemeistert und haben, meines Wissens nach, keinen Schulabschluss erreicht.

Cannabis wird, wie Alkohol und Tabak, immer konsumiert werden. Staatliche Kontrollen des Vertriebswegs und der Verkauf in der Legalität ermöglichen jedoch, dass genau nur legale Dinge an Personen verkauft werden, denen wir zugestehen, damit verantwortungsvoll umzugehen.

Ein gutes soziales Umfeld ist Glückssache, und wir müssen es den Kindern leichter machen, nicht in Versuchung zu kommen. Ältere Geschwister oder Freunde kaufen immer mal eine Flasche Alkohol und dann auch mal ein Tütchen Gras. Aber nicht immer und nicht jeden Tag. Ein Markt, der nur in der Illegalität existiert, schert sich nicht um Verbraucher- und Jugendschutz.



Glaubwürdigkeit statt Verbot!

Ben Kretzschmar

Wenig in unserer Gesellschaft ist so heuchlerisch, wie die Gesetzgebung im Bezug auf Cannabis. Die argumentative Doppelmoral, welche erwachsenen Bürgern verbietet Cannabis zu konsumieren, aber Alkohol zum Kulturgut erhebt, ist unter rationalem Fokus nicht nachzuvollziehen. Während am Alkoholkonsum jährlich 74.000 Menschen in Deutschland sterben, wird eine Pflanze verboten, die im Verdacht steht, Heißhunger zu verursachen. Todesfälle sind quasi nicht dokumentiert. Dies alles wird begründet mit dem notwendigen Schutz der Gesundheit von Bürgerinnen und Bürgern. Als würde dies in anderen Bereichen irgendeine Rolle spielen. Wer verbietet Extremsportarten, die ein weit höheres Selbstschädigungspotenzial haben als Cannabis? Das mag weit hergeholt klingen, aber die Frage die hier durchschimmert, ist die nach der Freiheit des einzelnen Menschen und inwieweit Schäden selbstbestimmt in Kauf genommen werden.

Es ist offensichtlich, dass die Kriminalisierung von Cannabis eine völlig willkürliche Beschneidung freiheitlicher Rechte bedeutet. Cannabiskonsum ist ein opferloses Delikt. Zu Schaden kommt, wenn überhaupt, der Konsument selbst. Ein Novum in der Rechtsprechung. Lässt sich die Gefahr von Eigengefährdung einfach überhaupt durch Verbote regeln? Sicher kann der Staat einschreiten, wenn Menschen ihre Gesundheit und ihr Leben gefährden. Dies geschieht zum Beispiel durch Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken. Doch geschieht dieses eben immer individuell in einem klar definierten Rahmen und mit konkretem Anlass, statt durch eine pauschale Verbotspraxis, wie im Bezug auf Cannabis.

Um vor dem Hintergrund beschriebener Aspekte eine nachvollziehbare Gesetzespraxis zu formulieren, muss sich der Gesetzgeber grundlegende Fragen stellen. Entweder wird ein klares Abstinenzparadigma vertreten, durch welches nachvollziehbar Drogenkonsum allgemein geächtet wird, und zwar inklusive Alkohol, Tabak etc., was für die meisten Menschen nicht tragbar wäre. Oder der Staat akzeptiert die Tatsache, dass Menschen Cannabis konsumieren und verfolgt einen Entkriminalisierungsansatz, wie in immer mehr anderen Ländern weltweit. Zu gewinnen gäbe es einiges: Behörden würden entlastet, Steuern eingenommen und letztlich Glaubwürdigkeit erlangen.

Für DIE LINKE muss klar sein, dass körperliche Selbstbestimmung und freiheitliche Entfaltung des Individuums Vorrang vor Paternalismus und Verbotspolitik haben müssen.



Zwischen Gedenken und Zukunft

AG Junge GenossInnen Leipzig Bericht von der Bildungsfahrt 2015

Die diesjährige Bildungsfahrt der AG Junge GenossInnen sollte uns ursprünglich nach Erfurt und Weimar führen. Fünf Tage vor der Fahrt ereilte uns jedoch die Nachricht, dass Genosse Bodo Ramelow kurzfristig nach Gera zur Basiskonferenz reisen müsse. Wir änderten daher auch unser Reiseziel, um das angekündigte Treffen mit ihm durchführen zu können.

Um 8 Uhr begann unsere Reise Richtung Gera mit insgesamt 50 Personen – der Bus war damit zum ersten Mal seit Jahren wieder ausverkauft! In Gera organisierten die GenossInnen des KV Gera eine Stadtführung und zeigten uns die kleinen Geheimnisse der knapp 95.000 Einwohner großen Stadt. Im Anschluss ging es ins Clubzentrum COMMA, um einen kurzen Blick in die Basiskonferenz zu werfen und wenige Minuten auf Bodo Ramelow zu warten. Er stand schließlich fast 90 Minuten für alle Fragen rund um Partei, Landes- und Bundespolitik und seinen Hund Attila zur Verfügung. Insbesondere die aktuelle Flüchtlings- und die „Unrechtsstaatsdebatte“ beherrschte die Runde. Nach einem kurzen Snack, den die Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt zur Verfügung stellte, fuhren wir Richtung Weimar.

Nachdem die aktuelle und perspektivische

Politik der Linken im Vordergrund stand, wollten wir uns mit unserer Verantwortung aus der Vergangenheit auseinandersetzen. Dazu sollte die Gedenkstätte des ehemaligen KZ Buchenwald dienen. Nach fast 90 minütiger Fahrt kamen wir am Parkplatz vor der Gedenkstätte an und wurden von unserem Stadtrat Marco Götze empfangen. Der Geschichtslehrer führte uns über das Gelände und erzählte die eine oder andere Geschichte der Gefangenen und über das Lager, welche nicht zum Standardführungsrepertoire gehörte. Diesen Besuch nutzten wir und zahlreiche Mitfahrende, um rote Nelken und andere Blumensträuße an den Gedenkstellen niederzulegen. Im Anschluss ging es zu Fuß weiter zum „Turm der Befreiten“. Auf dem Weg dorthin verlief sich jedoch ein Teil der Gruppe, so dass aus dem kleinen Spaziergang für den ein oder anderen eine größere Runde wurde. Nach einer knappen halben Stunde fanden sich alle Anwesenden wieder am Reisebus ein, und es begann nun die Fahrt zurück nach Leipzig. Wir danken an dieser Stelle insbesondere den GenossInnen aus Gera, Erfurt, der Staatskanzlei Erfurt und der Geschäftsstelle der Linken Leipzig, die die Fahrt trotz der spontanen Umplanungen zu einer tollen Veranstaltung gemacht haben!

Bericht vom Stadtjugendtag

Linksjugend Leipzig Vollversammlung des Jugendverbandes vom 10. - 12. Oktober

Los ging es am Freitag unter dem Titel „8 Jahre Linksjugend Leipzig“ mit einer Rückschau auf vergangene Jahre, denn die Linksjugend wurde am 3. November 2007 gegründet. Seitdem ist viel passiert: Wir haben Demonstrationen und Kundgebungen veranstaltet, waren auf den Christopher Street Days und der Global Space Odyssee vertreten, haben zahlreiche Workshops und Veranstaltungen durchgeführt, Aufkleber, Flyer und Plakate produziert, uns in die Arbeit des Landesverbandes eingebracht und natürlich auch Wahlkämpfe diverser Art bestritten. Am Samstag wählte der Stadtjugendtag einen neuen Koordinierungsrat (KR), dem jetzt Sinah Al-Mousa-

wi, Bonnie Winter, Jakob Müschen und Christoph Schinke angehören. Bei den bisherigen Mitgliedern des KR, die nicht erneut antraten, wollen wir uns bedanken: Corinna Böhme, Elisa Gerbsch, Björn Reichel, Richard Cybik und Georg Prawitz. Auch unsere Vertreter*innen im Stadtvorstand, Nadja Guld und Max Wegener, traten nicht erneut zur Nominierung an. Hier nominierte unsere Vollversammlung Elisa Gerbsch und Richard Cybik als neue Jugendpolitische Sprecher*innen (JuPos). Am Sonntag fand der kreative Teil des Stadtjugendtages statt. So fanden ein Workshop zur politischen Kommunikation und ein politischer Stadtteilrundgang statt.

Kongress zu prekären Lebens und Arbeitsverhältnissen

linksjugend ['solid] Sachsen Vom 13.-15.11. in Leipzig findet ein Kongress in Leipzig

Die Auseinandersetzung mit dem, was ist und dem, was zu tun ist, ist bei diesem Thema nicht leicht eingrenzbar. Hohe Mieten, zu viel Arbeit, Abstrampeln im Hamsterrad, keine Zeit für Muße. Ich-AG, Zeitarbeit, Befristung – was sind prekäre Arbeitsverhältnisse? Wie könnten Wege der Organisation in einer Zeit der Vereinzelung und Privatisierung von Problemen aussehen? Wie könnte ein soziales Sicherungssystem aussehen, das prekären Lebensverhältnissen beikäme? Burnout und Depression – Krankheiten politisieren? Prekär leben/arbeiten ist europäische Realität, wo bleibt die europäische Bewegung dagegen? All dies sind Fragen, die auf dem Kongress diskutiert werden sollen.

Schon am Donnerstag, dem 12.11., wird der Kongress mit einem analytisch-satirischen Abend mit guter und schlechter Musik von und mit Thomas Ebermann und Kristof Schreuf im Institut für Zukunft unter dem Titel „Firmenhymnen“ eingeleitet. Der Großteil der Veranstaltungen im Rahmen der 3-tägigen Konferenz „Alltag und Prekarität“ wird in der barrierefreien Nachbarschaftsschule stattfinden. Direkt gegenüber befindet sich das neue Abgeordneten- und Projektbüro INTERIM, welches natürlich mit eingebunden ist.

Am Freitag 18:00 Uhr wird der Kongress, zu dem Besucher_innen aus ganz Sachsen erwartet werden, in der Aula offiziell eröffnet. Zur besten Sendezeit am Freitag wird Robert Misik, einer der bekanntesten österreichischen Linksintellektuellen, und am Samstag Katja Kipping erwartet.

- 12.11. 19:00 Uhr Institut für Zukunft: Die Firmenhymnen, ein analytisch-satirischer Abend mit und von Thomas Ebermann und Kristof Schreuf
- 13.11. 2015, 18:00 Uhr Aula der Nachbarschaftsschule (Gemeindeamtstr. 8-10, 04277 Leipzig): Robert Misik im Gespräch über Prekarität, Solidarität, Austerität, deutsch-Europa und die Aufgabe von links(intellektuellen), sowie Texten aus „Was Linke denken“
- 13. - 15.11. Nachbarschaftsschule: Vorträge, Foren, Seminare, Workshops, Interventionen und Diskussionen zu Prekären Arbeits- und Lebensbedingungen, u.a. Katja Kipping.

Veranstaltet wird der Kongress „Prekarität und Alltag“ vom Ring Politischer Jugend Sachsen (RPJ) in Kooperation mit linksjugend ['solid] Sachsen.

① Das Programm wird in Kürze auf www.prekaritaetundalltag.de veröffentlicht.

aktuelle Termine

regelmäßige Termine



Ausschwitz-Prozess – 50 Jahre danach

Luc Jochimsen Szenische Lesung

Vor 50 Jahren, im August 1965, ging vor dem Frankfurter Landgericht nach 20 Verhandlungsmonaten und 183 Verhandlungstagen der Auschwitzprozess zu Ende, der größte Prozess in der Geschichte der deutschen Strafjustiz.

Der Hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer hatte diesen Prozess gegen den allgemeinen Widerstand von Politik und Justiz der damaligen Bundesrepublik durchgesetzt, damit »wir Gerichtstag halten über uns selbst, über die gefährlichen Faktoren unserer Geschichte.«

Das ist der Anlass, uns ein halbes Jahrhundert danach mit diesem Ereignis und seinem Initiator zu befassen. 1952 formulierte Fritz Bauer den Begriff »nazistischer Unrechtsstaat« und versuchte inmitten einer Justiz, die von braunen Seilschaften geprägt war und umgeben von einer Bevölkerung, für die Wegschauen, Verschweigen, Lügen, dreistes Unrechtsbewusstsein an der Tagesordnung waren, Erinnerung und Aufklärung zu ermöglichen. Aus Plädoyers, Aufsätzen, Vorträgen, Essays, Interview-Antworten von Fritz Bauer ist diese Szenische Lesung zusammengefügt, kommentiert und kontrastiert von Zeitdokumenten und erweitert und vertieft durch »filmische Erinnerungen« an Fritz Bauer und seine Zeit. Eine Collage, die »die gefährlichen Faktoren unserer Geschichte« aufzeigt. In der anschließenden Diskussion geht es um das Fortwirken des Vergangenen in unserer Gegenwart.

Es lesen: Rico Gebhardt, Susanna Karawanskij, Volker Külow, Caren Lay, Sebastian Scheel, Franz Sodann & Peter Sodann. Textbuch: Luc Jochimsen, Regie: Franz Sodann.

Mi. 4. November, 18:00 Uhr
Galerie KUB, Kantstr. 18, Südvorstadt

Detlef Vitzthum liest: Empfänger Unbekannt

Die dramatische Entwicklung einer Freundschaft. Ein deutscher und ein amerikanischer Jude, gemeinsame Inhaber einer Galerie, trennen sich. Der eine geht zurück nach Deutschland. Der andere bleibt in Amerika. In einer Rezension heißt es: "Selten ist soviel in solcher Dichte ausgedrückt worden."

Do. 29. Oktober, 18:00 Uhr,
Liebknecht-Haus, Braustr. 15

Wahlparty: Die Wahlen in der Türkei

Am 1. November finden in der Türkei vorgezogene Neuwahlen statt. Ob die linke HDP dabei wieder den Sprung über die 10 %-Hürde schafft, bleibt spannend. Wir wollen den Wahlabend live mitverfolgen.

So. 1. November, ab 18:00 Uhr
INTERIM, Demmeringstr. 34

Präsentation zum Thema Wassertouristik in Leipzig

Bürgerforum mit Heiko Rosenthal, Bürgermeister und Beigeordneter für Umwelt, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig.

Mo. 2. November, 18:00 Uhr, Schaubühne
Lindenfels, Karl-Heine-Str. 50, 04229 Leipzig

Gedenken: Stolpersteine putzen

Am 9. November 2015 wird wie die Jahre zuvor den Leipziger Opfern des Nationalsozialismus gedacht.

Mo. 9. November, 18:00 - 18:30 Uhr
an den Stolpersteinen

Podemos & Co. – Spanien vor den Wahlen

„linksCafé“-Veranstaltung des Stadtbezirksverbandes Süd zur politischen Lage in Spanien. Referent: Tilman Loos.

Mi. 11. November, 19:00 Uhr
Frau Krause, hinterer Raum, Simildenstr. 8

Mit Lenin zurück zur heiligen Rus?

Boris Krumnow spricht im Rahmen des linksCafé des Stadtbezirksverbandes Süd zum Thema „Die KPRF – Versuch einer Einordnung“.

Mi. 9. Dezember, 19:00 Uhr,
Frau Krause, hinterer Raum, Simildenstr. 8

Impressum

Herausgeberin:

DIE LINKE. Stadtverband Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spenden: Sparkasse Leipzig
Konto: 11 25 50 42 22 / BLZ: 860 555 92
Druck: Saxoprint

Stadtvorstandssitzung

2. Dienstag, 18:30 Uhr, Dachboden,
Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Antifa

1. & 3. Mittwoch, 19:00 Uhr,
linXXnet, Bornaische Str. 3d

AG Behindertenpolitik

auf Anfrage: 0341 - 14 06 44 11

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Frieden und Gedenken

2. Donnerstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Junge GenossInnen

1. Samstag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 14:00 Uhr, Monopol,
Haferkornstr. 15

AG LISA - emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort
auf Anfrage: 0177 - 79 71 080

AG Öffentlichkeitsarbeit

1. Mittwoch, 20:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

Linksjugend Leipzig

jd. Donnerstag, 20:00 Uhr, linXXnet (Plenum)
1. Donnerstag, 21:00 Uhr, linXXnet (Jour-Fixe)

Ökologische Plattform ADELE

1. Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr, Kochstr. 132

DIE LINKE.SDS

Mittwoch, 19:00 Uhr, GWZ, Raum
2.116, Beethovenstraße 15

Redaktion: Steffi Deutschmann, Nadja Guld, Kay Kamieth (Vi.S.d.P.), Tilman Loos, Dr. Christina Mertha, Sören Pellmann, Stephan Sander
Gestaltung: Tilman Loos
Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für Nr. 11/2015 ist **Montag, 2.11., 14:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.